

15.09.2009 / Inland / Seite 4

Entlastendes Material ignoriert

Berliner müssen sich für Molotowcocktail verantworten. Kritik an Prozeßführung

Markus Bernhardt

Vor dem Berliner Landgericht wird heute der Prozeß gegen zwei Jugendliche fortgesetzt, denen »versuchter Mord« zur Last gelegt wird (jW berichtete). So sollen der 17jährige Yunus K. und der 19jährige Rigo B. im Anschluß an die diesjährige »Revolutionäre 1. Mai«-Demonstration in Berlin einen Molotowcocktail entzündet und ihn auf die eingesetzten Polizeibeamten geschleudert haben.

Die erhobenen Vorwürfe gelten vielen Prozeßbeobachtern als von der Staatsanwaltschaft konstruiert. Bereits Ende vergangener Woche hatte ein Polizist ausgesagt, der die Beschuldigten am Abend des 1. Mai gemeinsam mit einem Kollegen ununterbrochen beobachtet und als Täter identifiziert haben will. Eine plausible Antwort auf die Frage, wie das aus 15 Meter Entfernung bei dem damals rund um das Kottbusser Tor herrschenden Chaos und bei den gegen 21.45 Uhr durch die Dunkelheit schlechten Sichtverhältnissen möglich gewesen sei, blieb der Beamte indes schuldig.

Auch die Frage, warum die angeblichen Täter ausgerechnet in Richtung einer Polizeikette geflüchtet sein sollen, konnte nicht beantwortet werden. Zudem wurden weder am Körper der Beschuldigten noch an deren Kleidung Spuren von brennbaren Flüssigkeiten gefunden, obwohl die eingesetzte Flasche massiv getropft haben soll. Auch Fotoaufnahmen, die dem Gericht von den vermeintlichen Tätern vorliegen, zeigen nicht die Angeklagten. All diesen entlastenden Indizien wurde bisher von Staatsanwaltschaft und Polizei keinerlei Bedeutung beigemessen.

Tatsächlich deutet vor diesem Hintergrund immer mehr darauf hin, daß es der Staatsanwaltschaft und den als Zeugen auftretenden Polizisten vielmehr darum gehen könnte, der Öffentlichkeit anstelle der tatsächlichen Täter überhaupt jemanden präsentieren zu können. Egal, ob schuldig oder nicht. Schließlich sind die Ermittlungsbehörden seit Monaten einem Dauerfeuer der Hauptstadtmedien und der CDU ausgesetzt, die ein offensiveres Vorgehen gegen die linke Szene Berlins fordert und dabei geradezu das Entstehen einer neuen Stadtguerilla herbeifabuliert.

Auch Christina Clemm, Rechtsanwältin von Yunus K., hält die bisherigen Aussagen der Polizeibeamten für nicht sonderlich glaubwürdig. »Mir sind deutliche Widersprüche zu den Aussagen eines anderen Beamten aufgefallen, der bereits zu Beginn des Prozesses vernommen wurde«, konstatierte Clemm am Montag im Gespräch mit junge Welt. Zudem wies die Anwältin darauf hin, daß sich die an der Festnahme beteiligten und nun als Zeugen auftretenden Beamten noch im Vorfeld der ersten Vernehmungen über den Fall unterhalten hätten.

Das menschenverachtende Vorgehen der Polizei bei dem Einsatz wurde Ende vergangener Woche durch die Aussage einer jungen Frau entlarvt. Diese war aufgrund des Molotowcocktailwurfes von brennender Flüssigkeit getroffen worden und hatte sich schwere Brandverletzungen zugezogen. Trotz zweier handflächengroßen Verbrennungen am Rücken hinderten die am 1. Mai eingesetzten Polizisten die Schwerverletzte daran, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Erst nach der Aufforderung von Zivilbeamten durfte sie eine Polizeikette passieren. Die beiden beschuldigten Jugendlichen sitzen unterdessen noch immer in Untersuchungshaft.